

Zu diesem Heft

»Wir haben eine Ära hinter uns, in der allzu viele Leute es gewohnt waren, wenn sie ein Problem hatten, zu sagen, es ist die Regierung, die sich darum kümmern muss, Leute, die gesagt haben ›Ich habe ein Problem, ich will schauen, dass ich Unterstützung bekomme, um es zu beheben‹ oder ›Ich bin obdachlos, die Regierung muss mir eine Wohnung besorgen‹. Diese Leute richten ihre Probleme an die Gesellschaft, aber wer ist denn die Gesellschaft? Die gibt es nicht!«
Margaret Thatcher¹

Aus diesen Sätzen geht nicht nur hervor, dass Margaret Thatcher kein gutes Verhältnis zu den Armen hatte, sondern auch, dass die Naturwissenschaftlerin die Funktion eines Wohlfahrtsstaates nicht verstanden hatte, der als Mittlerorgan zwischen Lebensansprüchen und Entwicklungschancen divergierender gesellschaftlicher Gruppen vermittelt. War es Parteilichkeit oder ihre ideologische Verblendung, die ihr die Sicht auf das Selbstverständliche versperrte? Die Wohlfahrtsfunktion, die der Staat im 19. Jahrhundert von den traditionellen Selbsthilfeinstitutionen, den Zünften, Gilden und Gewerkschaften usurpierte, um die gesellschaftlichen Kämpfe einzuhegen und die Konflikte zu pazifizieren, führte mit der Einrichtung der Sozialversicherungen zu erhöhter Funktionsfähigkeit einer zunehmend arbeitsteiligeren Gesellschaft, deren Mitglieder aufgrund höherer sozialer Sicherheiten auch bereit waren, längere Ausbildung und Spezialisierung in Kauf zu nehmen.

Thatcher, bei ihrem Amtsantritt 1979 konfrontiert mit einer Inflation von 14 Prozent und einer Situation, in der in der Industrie aufgrund der Hartnäckigkeit der Tarifpartner 29 Millionen Arbeitstage gestreikt wurde, gab den Gewerkschaften die Schuld, die sie zum »inneren Feind erklärte,² und setzte einschneidende Restriktionen für die Arbeit und politische Schlagkraft der Gewerkschaften durch.

Das passte zu ihrem Klassenstandpunkt, ihrer Erziehung durch einen methodistischen Laienprediger und zum Programm ihres Lehrers Friedrich von Hayek, der sie als die beste Regierungschefin Großbritanniens gelobt haben soll. Man glaubte damals, dass höhere Löhne durch die sogenannte Lohn-Preis-Spirale zu Inflation führe. Heute wissen wir, dass die gesellschaftlichen Gefahren von einer ganz anderen Art der Inflation herrühren, von der Inflation der Anlagepreise, der »asset inflation«, die ein Kennzeichen für Blasenbildung ist.

1 »No such thing as society«, Interview für Woman's Own mit Douglas Keay, Margaret Thatcher Foundation, 23. September 1987.

2 »We had to fight the enemy without in the Falklands. We always have to be aware of the enemy within, which is much more difficult to fight and more dangerous to liberty«; vgl. David V. Khabaz 2007. *Manufactured schema: Thatcher, the miners and the culture industry*. Leicester: Matador, S. 226, zitiert nach Wikipedia (engl.), Zugriff vom 22.04.2013.

Hinter ihren Sottisen sollte man also nicht nach tiefen Begründungen suchen, vielmehr sie als Teil der Rhetorik einer konservativen Revolution in einer schwierigen Lage sehen, als Vorwärtsverteidigung, mit der sie in bestimmten Kreisen höchste Anerkennung und nachhaltige Unterstützung fand: Hier hatte man jemand, die sich traute, sich ungeniert von allen Gerechtigkeitskomplexen und impliziten Gesellschaftsverträgen abzukoppeln und sich der organisierten Arbeiterschaft entgegenzustellen, die für die Prügelstrafe eintrat und die auf den Titel »eiserne Lady«, den ihr der sowjetische Verteidigungsminister gab, sogar stolz war.

In diesem Heft geht es auch um die Maßstäbe für Politik, um die Fragen der Teilhabe am politisch-gesellschaftlichen Prozess: Geht es bei dem Verfahren der deliberativen Demokratie nur um die Qualität der Argumente? Das, so unser Autor Daniel Gaus, habe man Habermas vorgeworfen, »Deliberation ohne Demokratie«. Tatsächlich aber sei die Partizipation und damit das demokratische Fundament der Gleichheit in diesem Verfahren gekoppelt an die inklusive parlamentarische Repräsentation als eine Bedingung der Herstellung politischer Gleichheit und demokratischer Legitimität – sowohl in nationalstaatlicher als auch in transnationaler Politik. Es sollte kein Zweifel auftreten, dass dazu ebenso die Repräsentation der Arbeitnehmer gehört.

Auch Axel Honneth geht es um Inklusion. In seiner Würdigung der Arbeit von Jeffrey Alexander über die Sphäre der Zivilgesellschaft erweist er sich als Alteuro päer, wenn er den Schluss zieht, dass es nicht den Ansprüchen einer soziologisch operierenden Gerechtigkeitsanalyse genügt, wenn die Analyse die kulturelle Deutungsabhängigkeit institutionalisierter Prinzipien einfach an die Erfüllung gegebener Interessenlagen bindet. »Muss nicht der Versuch«, schreibt Axel Honneth, »die Maßstäbe sozialer Gerechtigkeit direkt aus der Untersuchung der normativen Implikationen der in der Zivilgesellschaft institutionalisierten Prinzipien zu gewinnen, um diese nicht gleichsam »von oben« zu bestimmen, dann in erhebliche Schwierigkeiten geraten, wenn sie allzu stark nur noch im trüben Licht ihrer jeweiligen Einschränkungen und Verwerfungen betrachtet werden? Nach meiner Auffassung lässt sich die damit angedeutete Gefahr nur dadurch vermeiden, dass durch die historisch-empirische Rekonstruktion hindurch ein normativer Leitfaden gezogen wird, der es auf jeder Stufe, in jeder geschichtlichen Epoche erneut erlaubt, richtige von falschen Anwendungen der zugrunde liegenden Prinzipien zu unterscheiden«. Die Idee der Gerechtigkeit könnte also nicht als wandelbares Ergebnis von jeweils aktuellen Aushandlungen aufgefassst werden, Gerechtigkeit könnte nicht durch wechselnde Mehrheiten unter sich stets verändernden aktuellen Zeitumständen hergestellt werden, sondern müsste intransingente Schutzrechte für Minderheiten oder Formulierungsschwäche und Werte beinhalten, die nicht durch Mehrheitsbeschlüsse aufzuweichen seien.

Die Thatcher'schen Rezepte verbreiteten sich erstaunlich rasch und brachten in den 1980er Jahren eminente Veränderungen mit sich, die zwar den Finanzsektor aufblühen ließen, aber der exportschwachen englischen und amerikanischen Industrie den Garaus bescherten – trotz eines eminenten Rückgangs der Streikbereitschaft, die in England auf ganze zwei Streiks im Jahr 1986 zurückging.

Die Investitionstätigkeit verlagerte sich in dieser Periode von der Industrie zu den Dienstleistungen, Industrieprodukte wurden zunehmend aus dem Ausland bezogen und mit Krediten bezahlt (die Auslandsschulden Englands liegen bei etwa zehn Billionen US-Dollar), und der Beitrag der Industrie zum BIP ist auf nur noch zwölf Prozent gesunken, während Finanzdienstleistungen, Versicherungen, Hypotheken und Verleihmärkte mit 20 Prozent zum größten Sektor der Volkswirtschaft geworden sind, wozu man als Dienstleister noch die Anwaltskanzleien, Buchhalter und Rating-Agenturen mit zwölf Prozent hinzurechnen muss, während Erziehung, Gesundheit und Sozialdienste um acht Prozent liegen.

Die Deregulierung des Bankensektors, der »big bang«, war verbunden mit der Abschaffung des klassischen Börsenberufs des Maklers: Statt fixer Gebühren wurden nun prozentuale Provisionen erhoben. Aus der Gilde der zurückhaltenden Gentlemen der kein finanzielles Eigeninteresse verfolgenden Makler wurden Händler und Investmentbanker. Tatsächlich führte die Deregulierung des Bankensektors, die von den neuen Demokraten unter Clinton³ und den neuen Sozialdemokraten in England und Deutschland weiterbetrieben wurde, zu einer Expansion nicht nur des Finanzdienstleistungssektors – London überholte New York als ersten Finanzplatz der Welt – und zu einer Zerschlagung der »old boy's networks«, sondern auch zu einem Schattenbankensystem und einer Klasse von Neureichen, die nicht mehr kontrollierbar war. Gordon Brown, der englische Schatzkanzler, erkannte nach der Krise, dass es ein großer Fehler war, dass New Labour die Thatcher'sche Politik nach der Regierungsübernahme fortgesetzt hatte.

»Rückblickend wissen wir jetzt, was wir falsch gemacht haben. Wir hatten nicht verstanden, wie das Risiko im System verteilt war, wir begriffen nicht die Verbindungen der verschiedenen Institute untereinander, und obwohl wir stets darüber sprachen, wie Globalisierung funktioniert, verstanden wir weder das Schattenbankensystem noch das Banksystem wirklich.«

Die Globalisierung, die vom Finanzsektor ausging, ist also gescheitert, die Weltfinanzarchitektur ist nachhaltig gestört, und die Verlegung auf den Finanzsektor hat sich für England nicht als Segen erwiesen: Pfund und Dollar mussten in der Krise stark abwerten, der Bankensektor schrumpfte zusammen, und das Handelsbilanzdefizit Englands ist inzwischen 2013 das höchste aller EU-Länder.

Heute verlangt die EU die Durchsetzung dieser »Strukturreformen« von den Krisenländern der Eurozone, um sie »wettbewerbsfähig« zu machen, die Italiener sollen umerzogen werden, »damit sie in die Märkte des 21. Jahrhunderts passen«, wie es der gescheiterte italienische Ministerpräsident und ehemalige EU-Wettbewerbskommissar Mario Monti sagte. Das bedeutet nichts anderes als die »innere Abwertung«, also eine künstliche Deflation durch Senkung der Löhne und Kürzung der

³ »Indem wir uns die Sprache der Deregulierung zu Eigen machten, gaben wir uns geschlagen. Nun waren offenbar auch wir der Ansicht, der Staat mische sich zu sehr in das Wirtschaftsgeschehen ein und müsse zurückgedrängt werden«; Joseph E. Stiglitz 2004. *The roaring nineties. Der entzauberte Boom* (übersetzt v. Thorsten Schmidt). Berlin: Siedler Verlag, S. 113.

Sozialausgaben, weil eine äußere Abwertung der Landeswährung in einem Wählungsverbund nicht mehr möglich ist (Wolfgang Streeck in diesem Heft).

Damit weicht die Politik der Eurozonenländer von derjenigen der USA, Englands und Japans ab, die nicht nur ihre Banken mit Zentralbankgeld entschuldeten, sondern auch mit einem riesigen Konjunkturpaket die Nachfragerücke ausfüllten, die nach dem Ausfall der überschuldeten Unternehmen und Privathaushalte die Wirtschaft in die Rezession zu treiben drohte. Warum schlossen sich die europäischen Politiker diesem pragmatischen Vorgehen nicht an? Denn für Europas derzeit wichtigste wirtschaftspolitische Entscheidungsträger steht der Abbau der Staatsschulden im Zentrum, der die Krisenländer weiter in die Depression treiben muss.⁴ Warum suchen Euro-Gruppen-Präsident Jeroen Dijsselbloem, Währungskommissar Olli Rehn, EZB-Direktoriumsmitglied Jörg Asmussen, der Chef des Rettungsschirms ESM, Klaus Regling, und der Präsident der Europäischen Investitionsbank, Werner Hoyer, im April in der *New York Times* auch noch gemeinsam ihre Maßnahmen zu verteidigen? Sie machen dabei deutlich, dass ihrer Therapie eine falsche Diagnose zugrunde liegt, wenn sie schreiben: »Die gegenwärtige Krise der fiskalischen und monetären Ungleichgewichte wurde durch einen Mangel an Reformen in einigen der Eurozonenländer verursacht«.⁵ Denn zur gegenwärtigen Überschuldungskrise haben hauptsächlich die Banken, Unternehmen und Haushalte beigetragen, und der massive Schuldenanstieg der Staaten seit 2008 ist nur die Folge des Platzens der Kreditblase. So stärken also die Ausgabenkürzungen der Mitgliedstaaten weder »die Basis unserer Währung und verbessern auch nicht die Nachhaltigkeit unserer Wirtschaften«, wie es die europäischen Wirtschaftspolitiker in der *New York Times* schreiben, noch kann man von Nachhaltigkeit der europäischen Wirtschaft sprechen angesichts einer Arbeitslosigkeit im Euro-Raum von über elf Prozent und einer erschreckenden Höhe der Jugendarbeitslosigkeit.

Was ist also der Hintergrund für die Maßnahmen, die sie den Amerikanern gegenüber rechtfertigen wollen? Soll man nicht davon ausgehen, dass sie auf Dilettantismus oder ideologischen Überschuss zurückgehen, dann bleiben allein zwei Erklärungen. Zum einen die wahltaktische Erklärung, die den zentralen Unterschied zwischen den USA und der Eurozone ausmacht: Die Wählerklientel des Gläubigerlands ist nicht wie in den USA dieselbe wie die Wählerklientel des Schuldnerlands.

4 Die amerikanischen Ökonomen Kenneth Rogoff und Carmen Reinhart haben eine fiktive Grenze für Staatsschulden von 90 Prozent des BIP angegeben, ab der kein Wachstum mehr stattfinde. Diese Grenze hatte schon Eingang in die Staatsdirektiven gefunden, als jetzt ein Nachwuchswissenschaftler den beiden renommierten Harvard-Autoren schwere Fehler bei der Auswahl der Basisdaten nachweisen konnte – Jahre, die trotz höherer Schuldenstände ein Wachstum aufwiesen, waren einfach nicht berücksichtigt worden, Daten waren weg gelassen, die dem Ergebnis hätten widersprechen können. Umstritten blieb bei den Forschungen von Rogoff und Reinhart stets auch, ob hier nicht Ursache und Wirkung verwechselt wurden: Liegt es doch nahe, dass die Staatsschulden steigen, wenn die Privaten überschuldet sind und sparen, statt zu konsumieren und zu investieren

5 The current crisis has exposed both fiscal and macroeconomic imbalances caused by a lack of reforms in several euro zone countries«; siehe »Europe is responding«, Op-Ed der *New York Times* vom 17. April 2013.

Eine andere Erklärung wäre, dass die EU mit der Forderung nach Wettbewerbsfähigkeit ganz auf den fünften Sektor setzt: das Ausland als Abnehmer ihrer Überschüsse. Das aber wäre ein Spiel mit noch schwerer zu berechnenden Größen.

Die Wendung zur Eigenlogik der Stadt lässt sich auch als Reaktion auf ihre Bedrohung durch die Logik der EU betrachten, die nicht allein die Arbeitsmärkte »reformieren« will, sondern auch das städtische Bürgertum in seinem Bestand gefährdet. Denn durch die europäische Dienstleistungsrichtlinie sollen die geschützten Berufe, also jene an wissenschaftlichem Wissen und gesellschaftlichen Werten orientierten Professionen, die nach Talcott Parsons grundlegend für das Funktionieren der modernen Gesellschaft sind,⁶ aufgehoben und frei zugänglich werden. Dass damit aber zugleich ein großer Teil des sozialstrukturell bedeutsamen und kaufkräftigen Bürgertums, das den Kern des städtisch-kulturellen Lebens in Kontinentaleuropa bildet, aufgelöst wird, ist klar. Denn die Minijobber bei McPharma werden nicht in der Lage sein, als typische Konsumenten und ehrenamtlich Beteiligte am städtischen Kunst- und Kulturleben teilzunehmen, und sie werden auch deren Platz als politisches Bürgertum nicht einnehmen. Im kleineren Format unterhalb der Globalisierung wird man also mit großem Interesse verfolgen, wie die Eigenlogik der Stadt reagiert.

In der Stadtsoziologie spielt sich eine Debatte ab, in der sich zwei Schulen gegenüberstehen, ja fast bekämpfen: Warum hat man die Stadt vernachlässigt, das Naheliegende zugunsten einer virtuellen Welt der Globalisierung? Hatte man die Stadt, ihre Geschichte und ihre Besonderheiten, nicht schon vergessen in der Stadtsoziologie? Es geht dabei auch um den Gesellschaftsbegriff, der von der bisher dominierenden Schule als Überbegriff für die Stadtforschung verstanden wird: Nichts, was in den Städten geschieht, sei (nur) lokal zu begreifen, denn die gesellschaftlichen Moden, die kapitalistischen Geschäftsmodelle setzten sich auch in den Städten durch (Walter Siebel in diesem Heft). Dagegen wird der Gesellschaftsbegriff von Helmuth Berking, dem Vertreter der anderen, herausfordernden Schule, kritisch infrage gestellt: Die Städte haben ihre eigene Logik, die es zu erforschen gelte. Dieser sogenannte Darmstädter Ansatz in der Stadtsoziologie hat also die Besonderheiten der Städte im Blick, und während man dies als Mangel in der bisherigen Stadtsoziologie feststellen kann, bietet das Fehlen eines Gesellschaftsbegriffs beim Darmstädter Ansatz seinerseits eigene Probleme. Einen übergreifenden Blick, der beide Ansätze beleuchtet, liefert dazu eine Gruppe jüngerer Stadtsoziologinnen und Stadtsoziologen.

Eine kritische Sicht auf die Soziologie hat auch Ulrich Bröckling. Ihm geht es allerdings nicht um die Verwerfung des Gesellschaftsbegriffs überhaupt, sondern

6 »The professional type is the institutional framework in which many of our most important social functions are carried on, notably the pursuit of science and liberal learning and its practical application in medicine, technology, law and teaching. This depends on an institutional structure the maintenance of which is not an automatic consequence of belief in the importance of the functions as such, but involves a complex balance of diverse social forces«; Talcott Parsons 1939. »The Professions and Social Structure«, in *Social Forces* 17, 4, S. 457-467, hier S. 467.

um die Frage, ob die Soziologie sich im Marcuse'schen Sinne affirmativ zur Gesellschaft verhalten solle oder ob sie kritische Distanz zu wahren habe. Bröckling sieht jedenfalls keine Erschöpfung der Gesellschaftskritik, sondern plädiert in Anlehnung an Rancière für eine Kritik als Praxis des Dissenses.

Reinhard Blomert